

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 05.12.2013
Sitzung Nummer:	52 (KVPA/52/2013)
Sitzungsdauer:	15:30 - 17:42 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Carsten Wulfänger
Vorsitzender

Gabriela Grimm
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Herr Carsten Wulfänger

Mitglieder

Herr Ralf Berlin
Herr Gerhard Borstell
Herr Wolfgang Kühnel
Herr Günter Rettig
Herr Eduard Stapel
Herr Eike Trumpf

beratende Mitglieder

Herr Frank Wiese

von der Verwaltung

Frau Dr. Ulrike Bergmann
Herr Dr. Denis Gruber
Frau Almut Krüger
Frau Ina Schulze
Herr Sebastian Stoll

zeitweise

Gäste

Frau Kerstin Jöntgen
Herr Oberbürgermeister Stadt Stendal Klaus Schmotz

Vorstandsvorsitzende KSK Stendal
Oberbürgermeister Hansestadt Stendal

Abwesend:

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Mitglieder des KVPA und der Tagesordnung
- 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 50. Sitzung des KVPA vom 17.10.2013
- 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 51. Sitzung des KVPA vom 14.11.2013
- 5 Vorstellung des neuen Geschäftsführers der GfAuS

- 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 514/2013
 - 7 Entlastung des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Stendal für den Jahresabschluss 2012 (§ 26 Abs. 5 Sparkassengesetz)
Vorlage: 524/2013
 - 8 Verteilung der verbliebenen Spendengelder an betroffene Geschädigte vom Juni-Hochwasser 2013
Vorlage: 523/2013
 - 9 Mittelfristige Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 für den Landkreis Stendal
Vorlage: 531/2013
 - 10 Ergänzung der Satzung zur Schülerbeförderung im Landkreis Stendal, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 23 vom 21. Oktober 2009
Vorlage: 526/2013
 - 11 Beschluss des Kreistages über die Jahresrechnung 2012 des Landkreises Stendal sowie die Entlastung für den Landrat
Vorlage: 521/2013
 - 12 Verwendung der Bundesmittel für die Leistungen Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II und § 6 b Bundeskindergeldgesetz im Landkreis Stendal in den Jahren 2011 - 2013
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 520/2013
 - 13 Fortschreibung des Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzeptes (ILEK) Altmark
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 508/2013
 - 14 Wahlbereichseinteilung zur Kreistagswahl am 25.05.2014
Vorlage: 527/2013
 - 15 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Landrat, Herr Wulfänger, eröffnet um 15.30 Uhr die 52. Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses und begrüßt die Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Mitglieder des KVPA und der Tagesordnung

Der Landrat stellt fest:

- die Ladung zur Sitzung des KVPA erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 22. November 2013,
- der KVPA ist beschlussfähig; es sind 6 Mitglieder + 1 beratendes Mitglied des KVPA sowie der Landrat anwesend (siehe Seite 1 Anwesenheitsliste).

Zur Tagesordnung bemerkt der Landrat, dass zusätzlich als neuer Tagesordnungspunkt 14 die Drucksache Nr. 527/2013 - Wahlbereichseinteilung zur Kreistagswahl am 25.05.2014 – auf die Tagesordnung gesetzt werden soll.

Des Weiteren bittet er aus Termingründen des Oberbürgermeisters der Stadt Stendal darum, die Tagesordnungspunkte 6 und 7 in der Reihenfolge zu tauschen.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen von Seiten des KVPA zur Tagesordnung.

Mit den o. g. Änderungen wird die Tagesordnung einstimmig bestätigt.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 50. Sitzung des KVPA vom 17.10.2013

Der Landrat bemerkt, dass keine Einwende zur Niederschrift vorliegen.

Es bestehen auch jetzt keine Wortmeldungen.

Damit stellt der Landrat den öffentlichen Teil der Niederschrift der 50. Sitzung des KVPA vom 17.10.2013 fest.

zu TOP 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 51. Sitzung des KVPA vom 14.11.2013

Der Landrat gibt folgende in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 51. Sitzung des KVPA vom 14.11.2013 bekannt.

- Drucksache Nr. 509/2013: „Der Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss beschließt im Einvernehmen mit dem Landrat gemäß § 7 Abs. 2 der Hauptsatzung des Landkreises Stendal vom 20.12.2001 i. d. F. der letzten Änderung vom 04.10.2007 Frau Lisa van Rennings als „Tierärztin“ im Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt zum nächstmöglichen Termin, voraussichtlich ab 01.12.2013, einzustellen und in die Entgeltgruppe 13 TVöD einzugruppieren.“
- Drucksache Nr. 519/2013: „Der Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss beschließt im Einvernehmen mit dem Landrat die Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe und Ernennung zur Veterinäroberrätin von Frau Kerstin Brune sowie die Einweisung in eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 14 mit Wirkung vom 01.12.2013 und beauftragt den Landrat mit der Einleitung der notwendigen Schritte.“

zu TOP 5 Vorstellung des neuen Geschäftsführers der GfAuS

Der Landrat bemerkt, dass er bereits in einer vorangegangenen Sitzung die Personalauswahl des neuen Geschäftsführers der GfAuS bekanntgegeben hat. Der derzeitige Geschäftsführer Herr Rümschüssel geht zum 31.12.2013 in Altersrente. Die Geschäftsführerstelle wurde öffentlich ausgeschrieben. Es gab dann ein Auswahlverfahren. Als geeignetsten Kandidaten hat die Gesellschafterversammlung Herrn Rühlmann zum neuen Geschäftsführer ab 1. Januar 2014 ausgewählt. Der derzeitige Geschäftsführer wird Herrn Rühlmann noch Anfang nächsten Jahres mit einem Pauschalvertrag unterstützen, damit er eingearbeitet wird. Er bittet nun Herrn Rühlmann, sich dem KVPA kurz vorzustellen.

Herr Hannes Rühlmann ist 57 Jahre alt und gebürtiger Magdeburger. Ich sage nicht ganz ohne Stolz, dass in der Hälfte meines Blutes altmärkisches Blut fließt, nämlich das Blut meiner Mutter. Ich habe hier Wurzeln und fühle mich hier sehr wohl. Das bewog mich auch, mich auf die Stelle des Geschäftsführers zu bewerben. Ich bin von der Ausbildung her Diplomverkehrsingenieur. Die letzten 25 Jahre habe ich bei einem großen Logistikkonzern in führender Stellung als Standortleiter gearbeitet. Ich freue mich auf die neuen Aufgaben, die ich hier in der Gesellschaft übernehmen darf. Ich hatte bereits die Möglichkeit, mich mit dem einen oder anderen Thema zu beschäftigen. Ich kann auch sagen, dass ich in dieser Gesellschaft motivierte Mitarbeiter vorgefunden habe, mit

denen ich gemeinsam die kommenden Aufgaben lösen möchte, die uns alle betreffen. Mein Anliegen ist es, mein Wissen, meine Fähigkeiten und Fertigkeiten einzubringen, um mit den Menschen in der Region etwas für die Menschen der Region zu tun. Das ist für mich ein ganz wichtiger Aspekt. Ich glaube, mit den Voraussetzungen, die wir haben, wird mir das gelingen. Die Unterstützung habe ich. Die Unterstützung habe ich nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch bei den Gesellschaftern. Das habe ich gleich bei den ersten Gesprächen erfahren und auch bei den Partnern, mit denen ich zusammenarbeiten werde. Ich freue mich auf diese Aufgabe und wünsche mir und wünsche uns gemeinsam dafür dann viel Erfolg.

Es bestehen keine Fragen von Seiten des KVPA an Herrn Rühlmann.

Der Landrat bemerkt, dass der Geschäftsführer einmal im Jahr in den Ausschüssen, vorzugsweise im Sozialausschuss, über seine Arbeit berichten wird.

zu TOP 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2014 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen Vorlage: 514/2013

Der Landrat erklärt, dass der Haushalt 2014 in der letzten Sitzung des Kreistages eingebracht worden ist. Er wurde in einer ganzen Reihe von Fachausschüssen schon beraten.

Anhand einer Präsentation (ist dem Ratsinformationsprogramm Session als Dokument beigelegt) stellt der Landrat nun die Veränderungen des Haushaltsplans für 2014 vor.

Beabsichtigt ist, dass der Landkreis Stendal den Ergebnisplan 2014 mit einem positiven Ergebnis von 77 TEUR abschließen wird.

Die Kreisumlage wird um 200.000 EUR gesenkt.

Bzgl. der Änderung des Kreditbedarfs erklärt der Landrat, dass die aktuell geplante Kredithöhe 200 TEUR beträgt. Die Kredite werden aber nur in Anspruch genommen, wenn die Förderung nicht gezahlt wird. Sollte die Förderung dennoch gezahlt werden, wird sich die Neuverschuldung entsprechend vermindern.

Der Landrat geht nunmehr auf die Thematik Finanzierung des Theaters ein. Über Jahre hat der Landkreis Stendal das Theater in Höhe von 463.600 Euro bezuschusst. Der Plan 2014 sieht eine Erhöhung des Zuschusses auf 523.600 Euro vor. Zum Jahresende 2012 ist der Theatervertrag ausgelaufen. Der Kreistag hat ihn um ein Jahr bis zum Ende dieses Jahres verlängert. Die Stadt Stendal als Träger des Theaters ist dabei, mit dem Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt einen Folgevertrag ab dem 1. Januar 2014 auszuhandeln. Er bittet nunmehr den Oberbürgermeister der Stadt Stendal, Herrn Schmotz, über die Verhandlungen mit dem Kultusministerium zu informieren.

Herr Schmotz erklärt, dass Ziel der Bemühungen im letzten halben Jahr war, und das auch als Auftrag aus dem Stadtrat der Hansestadt Stendal heraus, die Last für das Theater ein Stückweit breiter zu verteilen. In den Verhandlungen mit dem Kultusministerium sind wir soweit gekommen, dass dieser sogenannte Inflationsausgleich in dem Vertrag mit dem Land enthalten sein soll. Demnach wird das Land zu seinem jetzigen über Jahre hinweg gezahlten Betrag von 1.480.000 Euro 2 % drauf packen, die diese Mehrkosten abdecken. Im Auftrag des Stadtrates bin ich schriftlich an alle Städte, Verbands- und Einheitsgemeinden sowie Landkreise der Altmark mit der Bitte zugegangen, dass Thema Theaterfinanzierung auf breitere Schultern zu lagern und bin dann auf dieses mathematische Modell, grundsätzlich 0,50 Euro pro Einwohner und Jahr gekommen. Mit dem Altmarkkreis Salzwedel stehe ich in Verhandlung. Mit den neuen Theaterverträgen würden die beiden Landkreise insgesamt 100.000 Euro pro Jahr mehr leisten. Die Stadt Stendal selber hat auch 100.000 Euro mehr drauf gelegt. Bisher waren es 990.000 Euro. Herr Schmotz verweist auf die von ihm heute ausgereichten Unterlagen zum Teilhaushalt 2014 für das Theater der Altmark. Hier ist auf der Seite 3 für die Jahre 2014, 2015 und fortfolgende Jahre der Betrag von 1,1 Mio. Euro dargestellt. Das ist der Betrag, der uns als Träger zufällt. Herr Schmotz geht auch darauf ein, dass Investitionen im großen Maße anstehen. Die sind in den Unterlagen in der Zeile 27 der Seite 4 mit knapp 500 T€ aufgezeigt. Es handelt sich hierbei um die sogen. Obermaschinerie, also die Steuerung der Bühnentechnik, die vom Land mit 80 T€/Jahr gefördert wird. Die Finanzierung für den Zeitraum 2014 bis 2018

sieht dann wie folgt aus: die Stadt als Träger übernimmt rund 1,1 Mio. Euro, das Land rund 1,5 Mio. Euro, der Landkreis Stendal rund 523 T€ und der Altmarkkreis Salzwedel um die 60 T€. Hierzu ist aber zu sagen, dass dieses noch nicht verlässlich vereinbart werden konnte. Die Eigenmittel des Theaters liegen bei 500 bis 600 T€ (Eintritts- und Sponsorengelder), sodass wir mit einer Summe, die bei 3,7 Mio. € liegt, das Theater in den nächsten 5 Jahren fahren können. Das ist die Planung, die in den Haushaltsplan 2014 bis 2017 einfließen soll und die Finanzierung in der vorgetragenen Struktur auch sicherstellt. Das Theater hat natürlich den Auftrag, sich in diesem Rahmen zu verhalten.

Herr Berlin spricht zum Vergleich das fehlende Ergebnis von 2012 an.

Des Weiteren spricht er an, dass seinerzeit aufgrund unheimlich hoher Rücklagen die Zuwendungen des Landkreises für das Theater gekürzt wurden.

Für Herrn Berlin sind die 60 T€ die der Altmarkkreis Salzwedel bezuschusst, zu wenig. Der Altmarkkreis Salzwedel müsste sich mehr zum Theater der Altmark bekennen.

Herr Schmotz antwortet, das Ergebnis von 2012 fehlt, weil man 2013 zur Doppik übergegangen ist.

Es ist immer schwierig, sich über einen abwesenden Dritten zu unterhalten, was dieser machen soll. Es ist ein schwerer Kampf, auch tatsächlich zu überzeugen, weil die Haushaltssituation in Salzwedel auch nicht gut ist. Sie sind genauso eng gestrikt wie der Landkreis Stendal und die Hansestadt Stendal. Ich bin zufrieden, wenn der Zuschuss des Altmarkkreises bei 60 T€ konstant liegt. Es haben auch viele der Städte geschrieben, dass man kein Geld geben kann, aber eine mögliche Spielstätte würde man zur Verfügung stellen. Und das ist auch schon hilfreich.

Herr Berlin spricht an, dass mal ein Beirat gebildet worden ist. Gibt es in der Stadt Stendal ein Gremium, das die Kontrolle über die Finanzen des Theaters hat?

Herr Schmotz antwortet, dass es kein gesondertes Gremium gibt. Kontrolle übt der Finanzausschuss der Stadt aus. Es gibt die Aufgabe gegenüber dem Intendanten, vierteljährlich einen Bericht über die betriebswirtschaftlichen und künstlerischen Daten vorzulegen. Jeder Stadtrat erhält den Quartalsbericht in die Hand.

Herr Rettig meint, dass heute kaum noch die Gefahr besteht, dass das Theater der Altmark in der Lage wäre, aus den Zuwendungen Rücklagen zu bilden. Er bittet dennoch darum, dass der Landkreis im Zuge der Haushaltsdiskussion immer mal eine Information zur wirtschaftlichen Situation des Theaters erhält.

Herr Schmotz möchte auf Herrn Rettig eingehen und würde aufgrund der Transparenz und der guten Zusammenarbeit anbieten, dass dieser Quartalsbericht auch an den Landkreis weitergeleitet wird.

Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.

Der Landrat erklärt nach abschließender Diskussion zur Theaterfinanzierung, dass im Haushaltsplanentwurf für 2014 sodann die Zuweisung zur Förderung des Theaters der Altmark mit der Summe von 523.600 Euro enthalten sein wird.

Weitere Fragen oder Anmerkungen zum Haushalt 2014 bestehen nicht.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 7 Entlastung des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Stendal für den Jahresabschluss 2012
(§ 26 Abs. 5 Sparkassengesetz)
Vorlage: 524/2013**

Der Landrat begrüßt die Vorstandsvorsitzende der Kreissparkasse Stendal, Frau Jöntgen, und bittet um Informationen zum Stand der Kreissparkasse Stendal.

Frau Jöntgen erläutert jetzt den Jahresabschluss 2012: Die Sparkasse hat ein solides nachhaltiges Geschäftsmodell. Dies steht auch im Prüfungsvermerk der Sparkasse. Die Finanz-, Ertrags- und Vermögenslage der Kreissparkasse Stendal ist geordnet. Die KSK hat eine Bilanzsumme zum 31.12.2012 von ca. 1.211 Mio. Euro. 936 T€ konnten in die Rücklage als Ergebnis eingestellt werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse für 2013 haben sich positiv entwickelt. Der Jahresabschluss 2013 wird derzeit erstellt. Man kann aber jetzt schon sagen, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse weiter stabilisiert haben. Die Ertragslage hat sich deutlich besser entwickelt als noch im Vorjahr. Wir haben ein gehobenes Kreditgeschäft. Bei den Kosten konnten entsprechende Einsparungen vorgenommen werden, sodass sich der Jahresabschluss 2013 sehr positiv darstellen wird.

Der Landrat bemerkt, dass bei der Entlastung des Verwaltungsrates die Dinge des Fuhrparks und der Bauvergabe eine kleine Rolle gespielt haben (1,9 %). Der Rest ist ordnungsgemäß und korrekt gelaufen.

Frau Jöntgen bestätigt dieses. Der Bestätigungsvermerk der Prüfer heißt, ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk mit geordneter Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage. Das ist der Ausgangspunkt für den Jahresabschluss 2012. Die Bereiche Fuhrpark und Bauvergabe machen diese 1,9 % am Gesamtteil aus.

Herr Wiese ist der Meinung, die Entlastung bis zum Ende der staatsanwaltlichen Ermittlungen auszusetzen. Das würde der Sparkasse keinen Schaden zufügen. Ich habe ein Problem, meine Hand dafür zu heben, wenn ich nicht weiß, dass alles sauber ist.

Herr Kühnel erklärt, dies sei ein guter Vorschlag. In der Öffentlichkeit besteht ein Bild. Und dieses Bild kann nur durch konkrete Ergebnisse durch staatsanwaltliche Ermittlungen etc. bestätigt oder richtig gestellt werden.

Herr Borstell äußert, dass die SPD-Fraktion es genauso sieht.

Herr Rettig bemerkt, dass seine Fraktion der Verschiebung auch zustimmen wird, weil es völlig unproblematisch ist. Er will noch einmal deutlich machen: In dem Untersuchungsbericht ist klar heraus gearbeitet worden, dass die jetzt amtierende Vorsitzende des Vorstandes unbelastet ist. Genauso steht in dem Bericht, dass den Mitgliedern des Verwaltungsrates nichts vorzuwerfen ist und dass es Fehlinformationen gab. Wenn wir heute zustimmen, die Entlastung zu verschieben, dann ist das nicht ein Generalverdacht gegen die Mitglieder im Verwaltungsrat. Demzufolge haben wir überhaupt kein Problem damit, die Entlastung zu verschieben und hier eine juristische Ausarbeitung abzuwarten.

Auch Herr Berlin hat kein Problem damit, wenn die Entlastung von der Tagesordnung des Kreistages kommt. Auch er sieht hierin kein Schuldeingeständnis. Frau Jöntgen hat vorgetragen, dass es jetzt läuft und dass es besser geworden ist. Es muss nach außen hin durch die Medien klar gestellt werden, dass diese Sparkasse funktioniert. 1,9 % sollte man nicht verniedlichen und dass, was dort passiert ist. Aber die Mitarbeiter der Sparkasse, auch der Verwaltungsrat und der Vorstand, versuchen wirklich, die Sparkasse auf soliden Füßen stehen zu lassen und dass ordentliche Arbeit gemacht wird. Und das möchte auch in den Medien so heraus kommen.

Auf Nachfrage erklärt Frau Jöntgen, dass der Verwaltungsrat gemeinsam mit dem Vorstand von Anfang an die organisatorischen Richtlinien, die im Hause einzurichten waren, mit vorangetrieben haben. Die Themen Fuhrpark und Bauvergabe sind organisatorisch in der Sparkasse aufbereitet. Wir sehen auch ein großes Engagement des OSV. Der schaut sich natürlich diese Dinge, die jetzt entsprechend aufbereitet wurden, genau an.

Das Kreditgeschäft hat sich in der Kreissparkasse Stendal sehr positiv entwickelt, und zwar über alle Segmente. Also nicht nur im Einzelnen, sondern vom Privatkundengeschäft, von der privaten Baufinanzierung als Schwerpunkt bis hin zum Firmenkundengeschäft. Selbst traditionelle regionale Kreditgeschäfte haben wir positiv weiter entwickelt. Und das merkt man auch in der Wirtschaft in der Region.

Im Ergebnis der Diskussion lässt der Landrat über die Absetzung der Entlastung des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Stendal für den Jahresabschluss 2012 von der Tagesordnung der Sitzung des Kreistages im Dezember 2013 und der Verschiebung der Entlastung auf einen späteren Zeitpunkt abstimmen.

Der KVPA stimmt dieser Vorgehensweise einstimmig zu.

zurückgestellt

zu TOP 8 Verteilung der verbliebenen Spendengelder an betroffene Geschädigte vom Juni-Hochwasser 2013
Vorlage: 523/2013

Der Landrat erläutert die Vorlage. Das Spendenguthaben beträgt per 05.12.2013 **50.584,87 EUR**, die zur Auszahlung zur Verfügung stehen.

Nachfragen von Seiten der Mitglieder des KVPA werden durch die Verwaltung beantwortet.

Der Landrat stellt die Vorlage zur Abstimmung.

einstimmig beschlossen

zu TOP 9 Mittelfristige Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 für den Landkreis Stendal
Vorlage: 531/2013

Der Landrat bemerkt, dass der Schulausschuss vorgestern erneut über die Mittelfristige Schulentwicklungsplanung beraten und eine Regelung gefunden hat. Er bittet Frau Dr. Bergmann um Erläuterung zur Thematik.

Frau Dr. Bergmann erklärt, dass in der Schulausschusssitzung am Dienstag noch einmal Korrekturen zum vorliegenden Entwurf angesprochen worden sind. Der ausgereichte Entwurf wird nunmehr redaktionell überarbeitet und jedem Kreistagsmitglied überreicht.

Was ist in der Sitzung des Schulausschusses am Dienstag wesentlich gewesen?

1. Einheitsgemeinde Stadt Osterburg

Hier war die Diskussion, auch in Bezug auf die Verbandsgemeinde Seehausen, wie es mit der Grundschule in Flessau, die zur Einheitsgemeinde Osterburg gehört, weitergeht. Die Kinder der Mitgliedsgemeinde Altmärkische Höhe haben bis auf die Orte Lossau, Heiligenfelde und Drüsedau bisher immer die GS Flessau besucht. Nach Diskussion hat sich der Schulausschuss dazu bekannt und empfohlen, dass die Mitgliedsgemeinde Altmärkische Höhe weiterhin die Grundschule in Flessau besucht und ab der Klasse 5 in die Sekundarschule Seehausen. Damit bleiben die Grundschule Flessau und sämtliche Grundschulen gesichert. Damit entsprechen wir dem Wunsch der Verbandsgemeinde Seehausen und der Einheitsgemeinde Osterburg. Der Ortsteil Heiligenfelde wird dem Schulbezirk der Grundschule Arendsee zugeordnet. Die Ortsteile Drüsedau und Losse der Mitgliedsgemeinde „Altmärkische Höhe“ werden dem Schulbezirk der Grundschule Seehausen zugeordnet.

2. Verbandsgemeinde Seehausen

Außer der Grundschule Seehausen hat die Verbandsgemeinde Seehausen noch die Grundschule Groß Garz. Die Grundschule Groß Garz würde aus eigener Kraft noch zwei Schuljahre mit 52 Kindern bestehen, die gefordert sind. Ab dem Schuljahr 2018/19 würde sie die geforderten 60 Kinder nicht mehr haben. Hier hat der Schulausschuss dafür plädiert, die Mitgliedsgemeinde Krüden mit dem Ortsteil Vielbaum der Grundschule Groß Garz zuzuordnen. Dazu hat sich die Verbandsgemeinde Seehausen in der Anhörung und in der Stellungnahme nicht geäußert. Das ist aber durch Frau Braun und Herrn Dr. Gruber mit dem Verbandsgemeindebürgermeister und auch dem Bürgermeister vor Ort in Groß Garz besprochen. Es wurde in der Schulentwicklungsplanung jetzt so eingearbeitet, dass Krüden und Vielbaum zu Groß Garz zugeordnet werden. Damit wäre Groß Garz auch über die 5 Jahre bestandsfähig.

3. Verbandsgemeinde Arneburg-Goldbeck

Hier war im Wesentlichen die Diskussion aus der Initiative Rochau heraus, weil sich der Grundschulstandort Goldbeck in seiner Außenwirkung nicht so darstellt. Der Schulausschuss plädiert dafür, eine Außenstelle Rochau

der Grundschule Goldbeck zu beantragen. Dies erfolgt auch in dem Zusammenhang, dass die Kinder aus Groß Schwechten, die im Gebietsänderungsvertrag eigentlich der Stadt Stendal zugeordnet sind, noch weiterhin der GS Rochau zugeordnet werden, d. h. Rochau, Peulingen und Neuendorf am Speck.

Ansonsten bleibt es bei den Schulstandorten, die durch die Verbandsgemeinde ausgewiesen worden sind: Iden, Goldbeck und Arneburg.

4. Verbandsgemeinde Elbe-Havel

Im Wesentlichen geht es um den Grundschulstandort Sandau. Die Kinder aus den Havelberger Ortsteilen Warnau, Kuhlhausen und Garz wurden bisher nicht an der Grundschule der Stadt Havelberg beschult, sondern in Sandau und Schollene. Durch die beabsichtigte Schulschließung in Schollene wurden alle drei Orte der Grundschule Sandau zugeordnet. Würden die Kinder dieser 3 Grundschulen künftig in Havelberg beschult werden, wie es der Wunsch des Stadtrates Havelberg vom 28.11.13 ist, wäre der Standort GS Sandau gefährdet. Deshalb hat der Schulausschuss dafür plädiert, die Kinder weiterhin in Sandau zu beschulen.

5. Hansestadt Stendal

Der Stadtrat der Hansestadt Stendal fasste keinen Beschluss zur Schulentwicklungsplanung. Deshalb wurde im Schulausschuss auf die Verwaltungsvorlage zurückgegriffen, die in den Stadtrat hineingegeben worden ist. Diese besagt, dass die Grundschule in Möringen zukünftig keinen Bestand hat. Der Schulausschuss folgt den Einlassungen, die die Hansestadt Stendal als Einheitsgemeinde hat, die Kinder aus den Ortsteilen Döbbelin und Tornau der Hansestadt Stendal zuzuordnen und alle anderen Kinder der GS Möringen in die GS Börgitz gehen, sodass dieser Standort nicht nur mittelfristig bis 2019, sondern auch langfristig als ländliche Schule gesichert ist.

Der letzte Punkt aus dem Schulausschuss heraus, der vom fachlichen her nicht in die Schulentwicklungsplanung gehört, moralisch aber unheimlich wichtig ist und als Protokollnotiz an den Kreistag weitergereicht wird, ist der Punkt, dass wir uns gemeinsam mit dem Landesschulamt darum kümmern, wenn dann eine Grundschule geschlossen wird, dass wir den Übergang sinnvoll gestalten, gemeinsam mit den Leuten vor Ort - den Schulleitern, der Gemeinde, Bürgermeister -, weil viele fachliche Probleme hier mit dran hängen.

Herr Dr. Gruber ergänzt die Ausführungen von Frau Dr. Bergmann:

a) Grundschule Groß Garz

Am 12.12.2013 findet ein Vororttermin mit den Eltern der Kindertagesstätte Krüden statt. Der Kreistag hatte 2010 beschlossen, dass die Kinder der Gemeinden Krüden und Vielbaum dem Schulbezirk der Grundschule Seehausen zugeordnet werden. Es soll hier eine Änderung vorgenommen werden, um über 2019 hinaus die Schule dort zu sichern. Diese Stimmungslage vor Ort muss ausgelotet werden. Wir haben z. Z. 27 Kinder aus Krüden und Vielbaum. Davon gehen 26 Kinder in Seehausen zur Schule und nur ein Kind in Groß Garz.

b) Grundschule Goldbeck

Hier möchte ich darauf hinweisen, dass der Bürgermeister der Gemeinde Goldbeck sich nicht nur auf eine Einzügigkeit der Grundschule einrichtet, sondern auf eine 1 1/2-Zügigkeit. Besser wäre noch, eine Zweizügigkeit sicherzustellen. Andererseits würden ab 2017 die Kapazitäten der GS Goldbeck nicht ausreichen, um die Rochauer Kinder komplett aufzunehmen. Diesbezüglich müsste die Projektskizze unbedingt nachgebessert werden.

c) Ich habe heute einen Anruf vom Bürgermeister der Gemeinde Milower Land (Brandenburg) erhalten. Bei ihm liegen Anfragen vor, Kinder aus Schollene ab dem neuen Schuljahr 2014 im Brandenburgischen zu beschulen. Derzeit gehen dort 8 Kinder zur Schule. 20 Eltern aus Schollene wären sehr stark daran interessiert, ihre Kinder im Milower Land beschulen zu lassen. Ich werde hierzu noch einmal mit dem Verbandsgemeindebürgermeister Elbe-Havel, Herrn Witt, sprechen, dass wir noch einmal nach Schollene fahren, um mit den Eltern zu sprechen und zu versuchen, die Kinder hier im Landkreis zu halten. Wir müssen vor Ort argumentieren, dass die Kinder ihre Schulheimat bei uns im Landkreis haben sollten.

Auf Nachfrage erklärt Frau Dr. Bergmann, dass es eine Vereinbarung zwischen den Bundesländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt sowie Sachsen-Anhalt und Thüringen gibt, dass Gastschulbeiträge gezahlt werden. Damit hat niemand ein Argument, die Kinder festhalten zu können.

Herr Kühnel ist der Meinung, diesbezüglich kann man nicht einfach eine Entscheidung treffen. Wenn die Eltern einen Wechsel wollen, dann können sie es tun und wir müssen es akzeptieren.

Er erklärt des Weiteren, in einer Protokollnotiz zur Schulentwicklungsplanung mitzugeben, dass das Land darüber nachdenken sollte, im Landkreis Stendal einen Schulverbund als Pilotprojekt auszuprobieren.

Herr Wiese möchte korrigieren, dass der Verbandsgemeindebürgermeister Herr Reck der geänderten Fassung zur Schulentwicklungsplanung nicht zugestimmt hat; er hat sie zur Kenntnis genommen.

Auf Nachfrage zu den Fahrzeiten erläutert Frau Dr. Bergmann, wenn wir das neue Schulnetz haben, dann wird es auf die Linienführungen angepasst und konkret neu überplant. Es wurde überprüft, dass die 30 Minuten beibehalten werden.

Herr Kühnel bemerkt u. a., dass die Schulentwicklungsplanung im Schulausschuss ausdiskutiert wurde. Der Schulausschuss hat jeweils auf Vorschlag der Vorsitzenden und der Verwaltung eine Entscheidung getroffen. Deshalb sollten wir diese Schulentwicklungsplanung nach den Vorschlägen des Schulausschusses abstimmen lassen.

Herr Rettig äußert, dass am kommenden Montag seine Fraktion tagt. Derzeit ist die Auffassung der Fraktion noch sehr gespalten. Im Moment ist auch noch im Hinterkopf, eine Resolution an den Landtag zu verfassen. Dieses wolle er schon mal vorab andeuten.

Nach umfangreicher Diskussion lässt der Landrat darüber abstimmen, die geänderte Fassung der Schulentwicklungsplanung auf Vorschlag des Schulausschusses dem Kreistag zur Entscheidung vorzulegen.

mehrheitlich zugestimmt

Ja mehrheitlich Nein 0 Enthaltung 1

**zu TOP 10 Ergänzung der Satzung zur Schülerbeförderung im Landkreis Stendal, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 23 vom 21. Oktober 2009
Vorlage: 526/2013**

Frau Dr. Bergmann erklärt, dass es das Ziel ist, den Inklusionsgedanken mit in die Satzung zur Schülerbeförderung im Landkreis Stendal aufzunehmen, da der Landkreis verpflichtet ist, entweder die freigestellte Schülerbeförderung oder die Spezialbeförderung anzubieten. Es erfolgt eine entsprechende Antragstellung, und die Rangfolge der öffentlichen Beförderung wird dabei abgeprüft. Inhaltlich beinhaltet der § 2 zehn Absätze und soll um einen 11. Absatz ergänzt werden.

Es ist im Fachausschuss noch die Ergänzung gefordert worden, dass im letzten Satz des neuen Absatzes 11 die beiden Wörter **der Einzelfall** einzufügen sind. („Dabei ist **der Einzelfall** zu prüfen, inwieweit der öffentliche Personennahverkehr, die freigestellte Schülerbeförderung oder die Spezialbeförderung zu nutzen ist.“)

Fragen zur Vorlage bestehen seitens des KVPA nicht.

Einschließlich der o. g. Ergänzung stellt der Landrat die Vorlage zur Weiterleitung an den Kreistag zur Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 11 Beschluss des Kreistages über die Jahresrechnung 2012 des Landkreises Stendal sowie die Entlastung für den Landrat
Vorlage: 521/2013**

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Trumpf, erklärt, dass die Thematik mehrfach im Rechnungsprüfungsausschuss beraten worden ist. In der letzten Sitzung am 26.11.2013 waren der Landrat und seine Beigeordneten anwesend und haben die anstehenden Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet. Die schriftliche Stellungnahme des Landrates wird nachgereicht. Die Ausschussmitglieder empfehlen dem Kreistag einstimmig die Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2012 und die uneingeschränkte Entlastung des Landrates.

Es besteht kein weiterer Diskussionsbedarf.

einstimmig zugestimmt

**zu TOP 12 Verwendung der Bundesmittel für die Leistungen Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II und § 6 b Bundeskindergeldgesetz im Landkreis Stendal in den Jahren 2011 - 2013
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 520/2013**

Durch den Landrat wird die Mitteilungsvorlage erläutert.

Fragen von Seiten des KVPA bestehen keine.

zur Kenntnis genommen

**zu TOP 13 Fortschreibung des Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzeptes (ILEK) Altmark
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 508/2013**

Der Landrat erklärt, dass mit Bezug auf die gleichlautenden Beschlüsse der Kreistage des Landkreises Stendal und des Altmarkkreises Salzwedel aus dem Jahre 2006 hinsichtlich der Beauftragung des Regionalvereins Altmark e.V. mit der koordinierten Umsetzung des ILEK Altmark bis Dezember 2014 das ILEK Altmark zusammen mit dem ILE-Management Altmark fortgeschrieben wird. Vor dem Hintergrund der ab 2014 beginnenden neuen Förderperiode der Europäischen Union, der dazu parallel verlaufenden Anpassung der nationalen Strategie der Bundesrepublik sowie der Entwicklungsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt ist es notwendig, das seit 2006 gültige ILEK Altmark an diese sich abzeichnenden neuen Rahmenbedingungen anzupassen. Das ILEK Altmark bildet die Grundlage für die weitere Arbeit des Regionalvereins Altmark e.V. in der neuen Strukturfondsperiode 2014 - 2020. Die Fortschreibung soll unter der Mitwirkung regionaler Akteure und der beiden Kreistage umgesetzt werden.

Herr Stapel bemerkt, dass im Wirtschaftsförderungsausschuss bereits über die Thematik gesprochen wurde. Es wurden im Laufe der Jahre immer wieder neue Konzepte vorgelegt. Er würde anregen, dass eine Fortschreibung erst erfolgen sollte, nachdem die Auswertung eines Programms erfolgt ist.

Der Landrat äußert, dass wenn man eine Fortschreibung auf der Tagesordnung hat, dieses im Zusammenhang zu sehen ist – erst Auswertung und dann Fortschreibung. Dieses werde man zukünftig beachten.

Weitere Bemerkungen gibt es keine.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 14 Wahlbereichseinteilung zur Kreistagswahl am 25.05.2014
Vorlage: 527/2013

Der Landrat geht kurz auf die Vorlage ein und erläutert diese.

einstimmig zugestimmt

zu TOP 15 Anfragen und Hinweise

Es bestehen keine Wortmeldungen.